



Dr. Anton Hofreiter

FRAKTIONSVORSITZENDER
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

+49 30 227-74515
+49 30 227-76645

ANTON.HOFREITER@BUNDESTAG.DE

DR. ANTON HOFREITER ★ PLATZ DER REPUBLIK 1 ★ 11011 BERLIN

11. November 2016

Liebe Freundinnen und Freunde,
vielen Dank für Euer Schreiben.

Ich teile Eure Überzeugung, dass wir für den anstehenden Bundestagswahlkampf ein klares Profil und eine klare eigene Verortung brauchen.

Wir erleben gerade düstere Zeiten. Der Kampf um die Zukunft der westlichen Demokratien hat längst begonnen. Wir alle, und ja gerade auch wir Grünen, werden neu herausgefordert durch rechtspopulistische Bewegungen überall auf der Welt. Es sind doch gerade unsere Anliegen, der Schutz unserer Lebensgrundlagen, eine humane Flüchtlingspolitik, Frauen- und Minderheitenrechte, eine solidarische Gesellschaft, die jetzt unter Druck geraten.

Wenn sich die sogenannten Etablierten jetzt in die Wagenburg zurückziehen, in den Allparteienkonsens, und wir vorneweg, dann machen wir einen Fehler. Nein es geht in diesen Tagen um demokratische Alternativen. Um eine andere, eine ökologischere, demokratischere und solidarischere Politik. Wir waren immer dann stark, wenn wir dem Mainstream nicht hinterher gelaufen sind, sondern ihn geprägt haben. Das müssen wir auch weiterhin tun.

Im Mittelpunkt unseres Profils muss der sozial-ökologische Umbau unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft stehen. Dies ist und bleibt für mich die historische Verantwortung unserer Partei.

Und ja, die anderen Parteien reden heute über Klima- und Umweltschutz. Aber immer dort, wo Umwelt- oder Klimapolitik auf Widerstände treffen, entpuppen sich diese als reine Lippenbekenntnisse. Es ist entscheidend, dass wir Grüne hier Glaubwürdig beweisen und standhaft bleiben. Dass wir die notwendigen Schritte – Ausstieg aus der Kohle, Abschied vom Verbrennungsmotor, Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung, Umbau der Wegwerfgesellschaft in eine Kreislaufwirtschaft – auch gegen Lobbyinteressen durchsetzen. Natürlich bleibt dabei die Vollendung des Atomausstieges – in Deutschland, Europa und auf der Welt – ein zentrales Projekt. Es geht eben, so wie ihr schreibt, darum, der Wirtschaft einen ökologischen Rahmen zu geben, der verhindert, dass Profitinteressen weiterhin unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstören.

Den ökologischen Umbau kann man nicht von den sozialen Fragen trennen. Wir Grüne müssen entschieden für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten. Wir erleben derzeit, wie die soziale Spaltung der westlichen Demokratien mit den Nährboden bereitet für den Aufstieg neuer rechtspopulistischer Bewegungen. Ich bin fest davon überzeugt: unsere Anliegen eines solidarischeren europäischen Miteinanders, einer weltoffenen Gesellschaft und eben einer ökologischen Transformation werden wir nur verwirklichen können, wenn wir dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft gerechter wird und allen Teilhabe ermöglicht. Ich halte es für enorm wichtig, dass wir uns am Wochenende auf der BDK für die Einführung einer Vermögensteuer entscheiden. Denn genau wie ihr schreibt: Starke Schultern sollten und können mehr tragen. Weitere zentrale Projekte sind aus meiner Sicht die Bürgerversicherung und eine Reform der Grundsicherung. Mein Ziel bleibt eine Grundsicherung, die auf Ermöglichung statt auf Gängelung setzt. Deshalb gehören die Sanktionen so weit wie möglich abgeschafft.

Schließlich fragt ihr nach der friedenspolitischen Verortung unserer Partei. Ich teile Eure Haltung, dass eine Rückkehr in die Kalte-Kriegs-Denke brandgefährlich für den Frieden in Europa ist. Gedankenspiele in der Union, gigantische Aufstockungen im Rüstungsetat vorzunehmen, sind abenteuerlich. Zugleich ist für mich aber auch klar, gerade im Sinne unseres Grünen Ziels einer Verrechtlichung internationaler Beziehungen, dass Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht folgenlos bleiben durfte. Die gemeinsam getragenen europäischen Sanktionen waren richtig. Aber Säbelrassen durch die NATO oder gar Maßnahmen, die zu einer militärischen Konfrontation mit Russland führen könnten, lehne ich ab. Wir müssen ein neues Wettrüsten verhindern. Das gilt ganz besonders für die Atomwaffen. Hier bleibt mein Ziel die atomwaffenfreie Welt. Innerhalb der NATO muss sich Deutschland für ein Ende der Politik der nuklearen Abschreckung einsetzen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

für mich ist die unabdingbare Vorbedingung für einen Kurs der Eigenständigkeit, den wir uns gemeinsam vorgenommen haben, dass wir uns selber klar verorten. Und zwar als eine Partei der Linken Mitte, die weiterhin zentrale Machtfragen unserer Gesellschaft stellt – von der Verteilungsfrage über das Primat der Politik über die Märkte bis hin zu einer weltoffenen Gesellschaft, die allen Teilhabe ermöglicht. Daraus definiert sich an den Inhalten, wer unser Partner sein kann und wer nicht.

Wir sind uns in vielem einig, in einzelnen Punkten vielleicht auch nicht. Aber wir teilen eine gemeinsame Vorstellung über den grundsätzlichen Kurs der Grünen.

Ökologie, Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte und Frieden, das sind unsere Werte. Für die lasst uns kämpfen.



Euer Toni